

# **...weil für den IWF der Profit über den Menschen steht.**

Wann immer der IWF sich zu Interventionen berufen sieht, interessiert es ihn nicht, was die Situation der Menschen vor Ort ist, sondern nur, wie es um die Profite steht. So ist es auch der Normalfall, dass die Bedingungen für eine Kreditvergabe aus rein wirtschaftlichen Kriterien bestehen und Menschenrechte oder dergleichen nicht angesprochen werden. Die Türkei erhielt ungehindert IWF-Kredite, ohne dass die Menschenrechtsverletzungen der türkischen Regierung gegenüber kurdischen und linken Aktivisten jemals thematisiert wurden. Auch die Regierung Sri Lankas erhielt 2009 trotz den Massakern an der tamilischen Bevölkerung einen IWF-Kredit. Natürlich ist es angesichts der Rolle des IWF als imperialistisches Instrument der westlichen Industrienationen falsch, sich über dieses Verhalten die Augen zu reiben, bestätigt es doch nur einmal mehr, dass sich der IWF ausschliesslich um Profite kümmert. Trotzdem sollen im Folgenden zwei Beispiele angesprochen werden, die zeigen, wie der IWF eine Politik betreibt, die sich nicht für das Wohl der Menschen interessiert. Erstens führten die forcierten Öffnungen der Grenzen der von Krisen betroffenen Länder immer wieder zu fatalen Ergebnissen wie beispielsweise Hungersnöten. Zweitens zeigt sich in den Interventionen des Währungsfonds immer wieder, wie er darauf aus ist, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren – natürlich ohne dabei an die Folgen für die Menschen vor Ort zu denken.

## **Fit für den Weltmarkt und Hungerkrisen sind zwei Seiten der gleichen Medaille**

Welche verheerenden Folgen die forcierte Öffnung der Grenzen der von Krediten des IWF und der Weltbank unterstützen Länder hatte, zeigt sich in der weltweiten Hungerkrisen seit der Schuldenkrise Anfang der 80er Jahren. Die Politik des Internationalen Währungsfonds sieht für betroffene Länder unter anderem vor, dass diese ihre Märkte öffnen sollen und Subventionen für die eigene Landwirtschaft rigoros gestrichen werden müssen. Dies hat zur Folge, dass Länder wie beispielsweise Ghana oder Haiti mit in den USA subventioniertem Mais überschwemmt wurden. Der IWF forciert zudem die Konzentration auf die Exportwirtschaft. Daraus folgt die Abhängigkeit vom Weltmarkt und dessen Preislaunen. Sinkt beispielsweise der Preis von Kakao, dessen Anteil am gesamten Export Ghanas über 50% ausmacht, hat das ganze Land daran zu leiden. In Ghana führte diese Entwicklung zu einer stetig steigenden ländlichen Armut seit den 1990er Jahren, und dies bei gleichzeitigem Abbau von Sozialleistungen. Das gleiche Bild zeigt sich bei der Liberalisierung des Reismarktes. Studien zeigen, dass diese die Einkommen der Reiserzeuger geschmälert, die Armut verschlimmert und die Mangelernährung und Ernährungsunsicherheit unter den Produzenten verstärkt hat. Bei allen untersuchten Ländern waren die Liberalisie-

rungsmassnahmen Gegenstand der Strukturanpassungen, die vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank gefordert wurden. Zudem werden mit der Streichung der Unterstützung für einheimischen Bauern und Bäuerinnen immer wieder unzählige Existenzen zerstört, da diese keine Neuanstellung finden. Dies führte wiederum zur tragischen Situation, dass Entwicklungsländer von Nahrungsmittelimporten abhängig werden. Doch nicht nur die Schaffung von Hungerkrisen, wie es nur der freie Markt vonstatten bringt, sind das Ergebnis einer solchen Politik, sondern auch die verstärkte Abhängigkeit der armen Länder von den westlichen Industrienationen und deren Goodwill.

## **Arbeitsmarktreformen, das Heilmittel aller Probleme für den IWF**

Ohne Selbstkritik tätigt der IWF auch heute noch die gleiche Politik, die seit den 80er Jahren so sehr fehlgeschlagen ist. Ein Blick auf aktuelle Länderberichte des IWF reicht, um festzustellen, dass die Forcierung von neoliberalen Reformen von Arbeitsgesetzen weiterhin ein zentrales Element der Politik des Internationalen Währungsfonds darstellt. Kroatien wird im neusten Bericht kritisiert, weil sein Arbeitsmarkt eine „äußerst geringe Flexibilität“ aufweise. Algerien wird empfohlen, eine „Liberalisierung der Arbeitsgesetze“ einzuleiten. In Portugal werden „Arbeitsmarktreformen“ eingeleitet, um die Bedingungen des Rettungspakets zu erfüllen. Die gleiche Geschichte spielt sich auch in Griechenland ab. Spanien und Italien leiten die Reformen des Arbeitsmarktes gleich selbst ein, um dem Zwang des IWF entgegen zu können.

Unter den Schlagworten Flexibilisierung und Liberalisierung sollen die Arbeitsmärkte fit für die Weltwirtschaft gemacht werden. Dies bedeutet in der Realität aber nichts anderes, als dass der Kündigungsschutz gelockert wird, die Mindestlöhne gestrichen oder gekürzt werden, Gewerkschaften bekämpft und die Rechte der Arbeiter\_innen ausgehöhlt werden. Die Profiteure einer solchen Politik sind die reichen Unternehmen und deren Besitzer\_innen. Über diejenigen, die in den liberalisierten Arbeitsmärkten keinen Platz mehr finden, verliert der IWF kein Wort. Mit der zusätzlichen Kürzung der Gelder des Sozialwesens, die jeder Intervention des Währungsfonds folgt, sind diese Menschen gleich doppelt betroffen. Die Folgen liegen in einer erhöhten Armut und einer steigende Kluft zwischen den wenigen, die von den gedrückten Löhnen profitieren und dem Rest der Bevölkerung.